IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRAL-INFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

Redaktion und Verlag:
OSCAR GRÜN
ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



Offices in America:
NEW-YORK, 119 Nassau St.
PITTSBURGH, Pa. 903 Bluff St.
CHICAGO, ILL. 805 S. Marsfield

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 159 | 9. September 1921 | ו׳ אלול תרפ״א | Einzelnummer 50 Cts.

Der XII. Zionistenkongress.

Donnerstag den 1. September, halb elf Uhr vormittags, wurde in Karlsbad der XII. Zionistenkongress mit einer hebräischen Rede Weizmanns (s. „JPZ" Nr. 158) eröffnet. Nach Weizmann sprach, ebenfalls hebräisch, der Vorsitzende der Zion. Exekutive, Sokolow, der u. a. auch des näheren auf die Drangsalierungen, denen die Juden in Osteuropa ausgesetzt sind, einging und gegen Europa den Vorwurf erhob, diesem Gemetzel mit verschränkten Armen zuzusehen. Nach Besprechung der welthistorischen politischen Bedeutung der Balfour-Deklaration und Betonung, dass die Zionisten ihr Ideal nicht los vom Orient, sondern mit dem ganzen Orient verwirklichen und mit der arabischen Nation friedlich zusammenarbeiten wollten, und nochmaliger Bekräftigung, dass die Heiligen Stätten in jedem Teile auch den Zionisten heilig seien, worüber er s. Zt. auch dem Papste eine feierliche Erklärung in diesem Sinne abgegeben habe, betonte Sokolow, dass die Friedenskonferenz noch ein Analogon zur Balfour-Deklaration geschaffen habe, den Schutz der ethnischen Minoritäten, bei dem es sich um vollständige Gleichberechtigung und um die vernünftigen, sittlichen Ansprüche jeder ethnischen Individualität und Freiheit und Pflege ihrer Eigenart, selbstverständlich den Interessen des Staates angemessen, handelt. Eine gewissenhafte Ausführung dieses Minoritätenschutzes streben wir in der Diaspora an. Die Legende eines jüd. Komplottes gegen Polen sei absolut abzulehnen und sprächen Anzeichen dafür, dass aufgeklärte polnische Elemente die Reinheit der jüd. Gesinnung und die Gerechtigkeit der Ansprüche des jüd. Volkes einzusehen beginnen. Möge Polen, jetzt das grösste Zentrum der jüd. Bevölkerung in Europa, für dessen wirtschaftlichen Aufbau die Juden Grosses leisten können, seine Gerechtigkeit den Juden gegenüber bezeugen. Für den Zionismus heisst es ganze Arbeit, jeden Mann und jeden Groschen. Der nächste Kongress in Jerusalem. — Nach Vorlesung der herzlichen Begrüssungsschreiben von Präsident Masaryk, Aussenminister Benesch u. A. begrüsst der englische Gesandte in Prag, Clark, den Kongress und verliest unter stürmischem Beifall die Balfour-Deklaration, an der die englische Regierung festhalte.

Am Nachmittag nahm der Kongress seine Konstituierung vor. Durch Bildung einer Zentrumsfraktion, hauptsächlich dank den Bemühungen Ing. Strickers, bestehend aus den Delegierten Amerikas, Zentraleuropas und der osteuropäischen Organisationen, die gegen 250 Teilnehmer zählt und programmatisch auf den Thesen der sogenannten Wiener Vorkonferenz von Anfang Juli fusst, zu deren Präsidenten Stricker, Lipsky, Hantke, wie auch Vertreter Polens, Rumäniens, Ostgaliziens u. der Randstaaten gewählt wurden, ist der Anspruch der bisher stärksten Kongressgruppe, des Misrachi, auf Stellung des Präsidenten hinfällig geworden. In den Vorbesprechungen hatte jedoch Stricker namens des Blocks erklärt, dass dieser, obwohl er dazu das Recht hätte, keineswegs die Präsidentenschaft beanspruche. Es wurde beschlossen, bei diesem Kongress die statutarische Bestimmung, wonach ein Exekutivmitglied nicht Präsident des Kongresses werden könne, ausser Kraft zu setzen und nunmehr per Akklamation Sokolow zum Präsidenten gewählt, zu Vizepräsidenten Motzkin, Farbstein und Berlin als Misrachisten, Klumel, Lipsky, Kaplanski (Poale Zion) und Sprinzak (Hapoel Hazair-Zeire Zion). Dr. Margulies (Leitmeritz) referiert namens des Legitimationsausschusses, wonach bei Eröffnung des Kongresses 440 Delegierte anwesend sind, die 765,955 organisierte Zionisten vertreten. Alle Mandate werden bis auf 2 anerkannt.

Die politische Generaldebatte wird von Lichtheim mit einem kurzen Hinweis auf die in Druck verteilten Berichte eingeleitet. Die erste Oppositionsrede hält Julius Simon. Palästina könne nicht von London aus gemacht werden. Die Reorganisationskommission sei noch mehr für die Erhaltung des Schulwerkes besorgt gewesen, als die anderen, indem sie diesem feste Einnahmsquellen zu verschaffen versuchte. Seine Anschauungen über ökonomische Fragen und ihre administrative Handhabung seien von denen Ussischkins durchaus verschieden. Vor allem müsse die ganze Administration gründlich reformiert werden. Palästina könne nur aufgebaut werden mit einem Mindestmass an nichtökonomischen Ausgaben, und die Politik nur erfolgreich sein, wenn sie auf realen Faktoren beruhe. Er habe stets für nationale Erziehungsarbeit gekämpft, aber es sei nicht wahr, dass das zum Aufbau Palästinas notwendig sei. Die Erfolge Weizmanns in Amerika bedeuten keine Festigung des Zionismus. Es war nicht die Mission Weizmanns, den Instinkten der Missvergnügten entgegenzukommen. Der Kongress solle feststellen, ob der Weg, den Brandeis gehen wollte, ein guter Weg sei. Er hat sich Rechenschaft darüber abzulegen, ob die Organisation die unbegrenzte Organisation bleiben soll, die eine einzige, uniforme Antwort auf alle Fragen des jüd. Lebens in allen Teilen der Welt verlangt, oder ob sie alle diejenigen vereinigen soll, die Palästina wollen. Es sei seine Ueberzeugung: ein Land kann nur von einem Volke, von einem ganzen Volke gebaut werden.

Als erster Redner der Freitagssitzung sprach de Lieme. Der Präsident habe in seinem Berichte nicht die politische Lage auseinandergesetzt und die Exekutive nur politisch und dialektisch Stellung genommen. Unsere Politik sei eine Fassadenpolitik geworden. In der ersten Periode seien die Beziehungen zu der engl. Regierung stärker gewesen als heute. Die nach dem Osterpogrome in Jerusalem aufgestellten Forderungen seien in keinem Punkte erfüllt worden, und der Anstifter des Pogroms sei sogar Gouverneur geworden; das sei eine Schande. Was die Errichtung eines jüd. Regiments betrifft, so sei er der

Ansicht, dass die Mandatsmächte für die Sicherheit der Bürger sorgen müssen. Bez. der Araber müssen wir eine ökonomische, aber keine diplomatische Politik machen und eine Brücke schlagen. In der Frage der Gegenwartsarbeit in der Diaspora müsse das Diplomatisieren bei der Aufbauarbeit zurückgestellt werden. Er wolle die Heranziehung aller jüd. Kräfte zur Aufbauarbeit und eine radikale Form der Arbeit. Weizmann habe die Brücken zwischen Pinsk und Washington zerbrochen. In der Auffassung Brandeis' stecke etwas wesentlich Jüdisches. Es gibt zwischen uns immer eine Brücke, und die ist Erez Israel. Meier Berlin bedauert das Fehlen Nordaus, aber auch Weizmanns, des Kritikers. Weizmann habe nach Amerika niemanden mitgenommen, der für die religiösen Gefühle des Volkes Verständnis hätte. Rothschild habe in Amerika nur Papiererfolge erzielt. Der Einfluss von Brandeis in Amerika werde sehr überschätzt und es sei nicht richtig, dass Weizmann die Zion. Org. in Amerika zerstört habe. Es gäbe Dinge, die über den Gesetzen stehen und dazu gehöre vor allem das innere Leben des Judentums. Nicht nur in Palästina, sondern auch in der Diaspora müsse die Beziehung zur Religion aufrecht erhalten werden. Wir müssen Jerusalem bauen, aber kein Rom. Dr. Thon (Krakau) spricht für die Leitung und greift die Politik Samuels an. Er befasst sich des weiteren hauptsächlich mit Kulturfragen. Auch Jellin (Jerusalem) verteidigt die Leitung und zum Teil das von ihr in Palästina Geleistete. Martin Buber betont, dass Erez Israel vor allem die Rückkehr aus dem parasitären Leben zum vollständigen Volksleben, zur Urproduktion bedeute. Es dürfe in Erez Israel nicht ein Galuth geben. Die Diplomatie könne keine Erlösung schaffen, sondern nur die Realisierung der wirklichen Arbeit für Volk und Land erleichtern. Man sei einer Phraseologie verfallen, die durchbrochen werden müsse. Die Bewegung sei zu einem Betrieb geworden. Die besten Kräfte müssten für die reale Arbeit gewonnen werden und dazu gehöre vor allem eine innere Wandlung. Weizmann ist für uns unersetzlich, aber er muss darauf bedacht sein, uns seine Unersetzlichkeit nicht aus Stolz zu einer Demütigung zu machen. Wir haben keine Volkserziehung, sondern nur Agitation. Man müsse das Volk erziehen, dann gewinnt man es; man müsse Grosses versprechen und Grosses fordern, und das kann man nur, wenn man selbst den ganzen Menschen einsetzt. Eine Gemeinschaft, die von ihren Mitgliedern Geld verlangt, wird Almosen bekommen, wenn sie den ganzen Menschen verlangt, wird sie auch sein Geld bekommen. Es gibt nur einen echten Heroismus in Palästina, den Heroismus der Arbeit. Im Namen der Linksparteien beantragt der Redner eine Kundgebung zur Araberfrage, worin der starke Wille des jüd. Volkes ausgedrückt wird, in seine alte Heimat zurückzukehren, welch' nationaler Wille jedoch nicht gegen eine andere Nation gerichtet ist. Das jüd. Volk wende sich mit Abscheu von den Methoden des Herrschaftsnationalismus, dessen Opfer es so lange wahr. Goldberg (Amerika) knüpft an die Kritik Simons und de Liemes an: Wir hatten die Wahl zwischen Zionismus und Brandeis und wählten den Zionismus. Wenn Brandeis Zionist wäre, so sässe er hier und würde mitstreiten, wie Simon und de Lieme und deshalb tut es uns leid, diese in der Gesellschaft von Brandeis zu sehen. Brandeis habe Bedeutung und Einfluss in der nichtjüdischen Welt, das sei aber kein Grund, ihn zum Führer der Juden zu machen. Wir müssen entschlossen marschieren, unser Ziel im Auge, dann werden auch die heute abseitsstehenden Oppositionsmänner zu uns zurückkehren. Oberrabbiner Dr. Chajes (Wien) kommt auf seine Amerikareise zu sprechen. Er habe Juden, nicht Zionisten, kennen gelernt, die gerne am Palästinawerk teilnehmen würden, ohne der Zion. Org. anzugehören. Wir sind tolerant und verlangen nicht, dass diese den Schekel zahlen. Man wird sagen, es könnte sich daraus eine Gefahr ergeben, aber viel grösser wäre die Gefahr, wenn sie in Massen bei uns wären, ohne Zionisten zu sein. Brandeis habe die reichen Juden nicht für unsere Sache interessieren können. Er halte Brandeis und Mack für ehrliche Zionisten, soweit sie den Zionismus verstehen. Die reichen Juden Amerikas wollen für den Aufbau Palästinas geben, aber nicht der Zion. Org. und also könne man nicht sagen, dass durch den Rücktritt Brandeis' die Sache irgendwie geschädigt worden sei. Brandeis und Mack, die in der jüd. Bewegung so jung sind, haben nicht das Recht, uns ihren Willen zu diktieren, aber er glaube, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen wurde. Man hält Brandeis für einen grossen Trotzkopf, also habe er doch etwas vom alten Juden an sich. Wenn ihn dieser Kongress überzeugen wird, dass das jüd. Volk weiter kommen kann, auch wenn es nicht mit allem und jedem seinen Plänen zustimmt, so werde er ehrlich genug sein, zu uns zurückzukommen. Der Friede mit Brandeis wird möglich sein, wenn der Kongress gute Arbeit leistet und bezeugt, dass es sich bei der Judenfrage um ein Weltproblem handelt, in dem Sinne, dass seine Lösung für die Welt von grösster und tiefster Bedeutung ist.

Auf der Sonntagsitzung betont Jean Fischer die Notwendigkeit einer Reorganisation, die aus der Erkenntnis des Misserfolges der bisherigen Arbeit spriessen muss. Das A. C. müsse eine entscheidende Körperschaft werden, die Gesetze müssen eingehalten, die Spesen vermindert werden. Es müsse das Prinzip der Inkompatibilität der Beamten aufgestellt werden. Er wolle die Beamten nicht angreifen, aber hier liege das Grundübel. Wir müssen so viel Aemter wie möglich nach Palästina überführen. Nur Fachkenntnisse, nicht aber die Zugehörigkeit zu einer Fraktion dürfen entscheiden. In den vorgelegten Berichten wird viel verschwiegen und es herrsche darin Schönfärberei. In San Remo habe der völkerrechtliche Zionismus gesiegt, wenn auch die Vertreter des praktischen Zionismus seine Ausführung übernommen haben. Zionismus ist keine Kolonisations-, sondern Völkerrechtssache. Den 700,000 Arabern stehen nicht 70,000, sondern Millionen Juden gegenüber. Die Leitung habe den Kongress degradiert, indem sie ihm den Inhalt genommen hat. Sie muss den Kongress als Volksvertretung betrachten. Berl Katzenelson (Achduth Haawodah, Palästina) legt die Stellung seiner Kameraden in Palästina dar. In all' den Jahren wurde keine politische Arbeit geleistet und die zion. Politik habe keine Verständigung für den Selbstschutz gezeitigt. Samuel sei den Arabern untertänig. Im Palästinabudget befände sich keine Post für das jüd. Schulwesen. Redner greift sehr scharf Samuel an, der in politischen und allgemeinen Dingen versagt habe. Das Schrecklichste aber sei das Einwanderungsverbot und der Kongress müsse erklären, dass uns niemand unser Einwanderungsrecht nehmen dürfe. Der Pogrom, der Tod Brenners, dürfen nicht vergessen bleiben. Jedes Kind kenne die Mörder Brenners, nur die pal. Polizei nicht. Die jüd. Arbeiter seien stets gegen jede Herrenpolitik. Das arabische Volk besitze noch keine feste nationale Organisation, weshalb heute ein Verhandeln mit den Arabern nicht gut möglich sei. Später dürften sich bestimmte Verhandlungsmöglichkeiten ergeben, die sicherlich zu einem Ziele führen werden. Auf den Kauf der Emek Ländereien habe die Arbeiterschaft seit 20 Jahren gewartet und es könne, da es sich um Lebensinteressen des Volkes handle, von billig oder teuer keine Rede sein, höchstens von zu spät und von zu ge-

ringem Umfange. Wir brauchen eine kräftige, zielbewusste wirtschaftliche Leitung, die den Wirtschaftsproblemen mit aller Macht zu Leibe rückt. Von der Kardinalforderung, freie Einwanderung für alle Juden, dürfen wir nicht abgehen. Dr. Maier-Ebner (Czernowitz) bemerkt, dass es sich keineswegs um ein Duell Brandeis-Weizmann, sondern um die Frage, nationaler oder antinationaler Zionismus, gehandelt habe. Wir müssen jedoch Verständnis für die assimilierten Juden in den Westländern haben und anerkennen, dass unter ihnen wahre jüd. Seelen sind. Denen die uns fern stehen, müssen wir goldene Brücken bauen. Lipsky (Amerika) erwartet, dass der Kongress sich konstruktiver Arbeit widmen werde, anstatt zu debattieren. Die Brandeisgruppe habe auf die Wünsche des jüd. Volkes in Amerika nicht gehört, die jüd. Presse ignoriert und wollte die Zion. Weltorganisation verleugnen. Der Streit ging nicht um Spenden und Investitionen; die amerikanische Leitung war gegen einen allgemeinen Fonds der Weltorganisation. Dr. Reich (Lemberg) findet das Verhalten der Leitung gegen die Amerikaner gerechtfertigt, wenn er auch sonst vieles an der Leitung auszusetzen hat.

Auf der Abendsitzung spricht sich Kaplanski (rechte Poale Zion) gegen die Administration Samuels aus. Die zion. Bewegung mache eine Krise durch, die nichts mit Personen zu tun habe. Mit den arabischen Effendis gibt es für den jüd. Arbeiter kaum eine Verständigung, wohl aber mit dem arabischen arbeitenden Volke. In der Einwanderungsfrage habe die Leitung völlige Planlosigkeit bewiesen. Die Exekutive habe ein politisches Glaubensbekenntnis abgefordert und sei gegen die jüd. Arbeiter, die des Kommunismus beschuldigt wurden, aufgetreten. Er frage, ob England englische Kommunisten ausweisen würde. Jabotinsky polemisiert gegen Simon und de Lieme. Der Jischub könne das Schulwerk nicht aufrecht erhalten. Einer Privatinitiative, wenn eine solche vorhanden wäre, könnte man breitesten Spielraum lassen, aber wir müssten uns doch klar sein, dass es eine Privatinitiative in Palästina nicht geben kann. Simon und de Lieme haben vom Nachkriegspalästina nicht die leiseste Ahnung. Mit den Amerikanern hätte die Exekutive namenlose Geduld gehabt und wirkliche Selbstverleugnung gezeigt. Länger ging es nimmer und man konnte die Leitung nicht an Neophyten ausliefern; wie würden solche etwa eine Panik aushalten. Neophyten dürfen nicht von oben kommen, sondern von unten als gemeine Soldaten beginnen. Der ungeheure Respekt, den wir für grosse Namen empfinden, bedeutet eine Gefahr, der wir aus dem Wege gehen müssen. Der Redner berichtet über seine Verhandlungen, die zum Einverständnis mit Weizmann führten und geht sodann auf die ihm gewährte Amnestie über. Es sei eine unverdiente Ehre, wenn er ein Revolutionär genannt werde. Revolution und Militarismus gehören zu den lateinischen Worten, die er nicht verstehe. Er habe sich s. Zt. mit der Autokratie verbunden, denn er arbeite für Palästina, auch wenn er sich mit dem Teufel verbinden müsste. Es gäbe Arbeit für alle, und alle, die auf dem Boden des Zionismus stehen und genug Sinn für Toleranz haben, sind zur Arbeit aufgefordert. Auf denen aber, die für die Zusammenarbeit nicht zu haben sind und den Standpunkt eines anderen nicht anerkennen wollen, bleibt die Verantwortung. Dr. Schmarjahu Lewin betont, dass es sich in Amerika wie in Europa um zwei Strömungen handelt: wir müssen jüdisch werden und dürfen keinen Personenkultus treiben. Die amerikanische Auffassung verneine das Galuthjudentum, wir aber glauben, dass der Aufbau Palästinas durch das Galuthjudentum vor sich gehen muss. Ohne die lebendige Kraft des jüd. Volkes, d. h. ohne das Galuthjudentum, kann Erez Israel nicht entstehen. Es sei falsch, wenn man glaubt, Palästina mit Geld und Sachverständigen aufbauen zu können. Man spricht von der Schaffung einer Legion, er glaube, wenn man 40,000 Chaluzim ins Land gebracht hätte, hätten diese uns Schutz gebracht und es hätte keine Pogrome gegeben. Motzkin bedauert, dass man tief in die persönliche Frage hineingeraten sei. Die Londoner Konferenz habe die Bewegung geschwächt. Es war ein Lotteriespiel, in der Annahme, dass wir grosse Männer gewinnen können, wenn man, um ihnen entgegenzukommen, zu Konzessionen bereit sei. Es sei für ihn schmerzlich, gegen das System Brandeis sprechen zu müssen, weil er Brandeis für eine der bedeutendsten Persönlichkeiten halte, aber er sehe in ihm einen schwachen Zionisten. Brandeis war 1916 jüdischnational, hatte aber 1920 nurmehr eine jüd. Tradition. Hier handle es sich um die Grundfrage des Zionismus, und wenn man uns diese nehme, habe der Zionismus jedes Interesse verloren und existiere auch für das jüd. Volk nicht mehr. Wir müssen getrennt marschieren und vereint schlagen.

Auf der Montagsitzung vertritt Dr. Kollenscher (Posen) das Programm des Binjan Haaretz. Man könne kein weiteres Bekenntnis, als das des Basler Programms verlangen. In den Kolonisationsländern ist der Staat niemals das erste, sondern immer das letzte bestimmende Ding. Kurt Blumenfeld (Berlin) verlangt in der Frage der Auffassung der Zion. Org. und der nationalen Propaganda eindeutige Verhältnisse, ebenso in der Frage des Aufbaues und der Verwaltung Palästinas. In der Exekutive brauchen wir eine starke Ressorteinteilung. Er nimmt sich sodann der zion. Beamtenschaft an. Die Exekutive werde sich über die zukünftige Arbeit in Palästina aussprechen müssen, sonst werden wir kein Vertrauen zu ihr haben. Auf keinen Fall dürfe der grosse Versöhnungsmischmasch kommen, denn dann blühe die Intrige. Als letzter Redner erwidert Ruppin auf die Angriffe Simons. Nach seiner Rückkehr habe er ein ganz anderes Palästina vorgefunden, geändert in den materiellen Grundlagen und der ganzen Psychologie, ungeheuer erhöhte Ansprüche, aber kein Geld. Er bemühte sich seit seiner Abreise von Palästina, den Zionisten den Ernst der Lage klar zu machen, die gewaltige Anstrengungen erheischt und empfinde einen schreienden Gegensatz zwischen dem, was geredet wird und was geschehen soll. Simon und de Lieme verzichten in der Nachtsitzung auf das Wort. Sokolow verliesst folgendes Begrüssungstelegramm Samuels: „Ich sende meine herzlichsten Grüsse an den Zionistenkongress und freue mich, dass die Verhältnisse seinen Wiederzusammentritt gestattet haben. Ich vertraue darauf, dass seine Beratungen zu Fortschritt und Frieden in Palästina führen werden, welchem Ziele meine Bemühungen dauernd gewidmet sind." Herbert Samuel.

Decharge an die Exekutive.

Wie uns aus Karlsbad telegraphiert wird, erteilte der Kongress der zion. Exekutive die Decharge mit 348 Stimmen gegen 58, die auf einen eigenen Antrag der Linksparteien fielen.

— Wie „Nasz Kurjer" aus Karlsbad erfährt, soll der Passus der Rede Sokolows über die Heiligen Orte in den Kreisen des Vatikans grossen Eindruck gemacht haben. Sokolow habe eine Einladung in den Vatikan erhalten.

— Die Exekutive legt dem Kongress ein neues Organisationsstatut vor, angepasst der Entwicklung der Org. und der Vergrösserung ihres Tätigkeitsgebietes.

Zu Vorsitzenden des wichtigen Permanenzausschusses wurden Stricker und Minister Soloweitschik gewählt.

— Auf Initiative des Verbandes für die ökonomische Entwicklung Palästinas fand eine Besprechung jener Kongressteilnehmer statt, die sich für den industriellen Aufbau des Landes interessieren. Die Versammlung sprach sich für intensivere Ausgestaltung des unter Leitung Ruppins bereits bestehenden Informationsdiens-n tes aus, der allmählich zu einer jüd. Handelskammer auszubaue

ist. Ruppin bezeichnete insbesondere Textil- und Bauindustrie, wie das Hotelwesen für zukunftsreich, warnte aber mit Rücksicht auf den Geldmangel und die schwierigen Kreditverhältnisse davor, Unternehmungen mit ungenügendem Kapital zu beginnen.

— Auch Rossow, von dem es hiess, er werde dem Kongress fernbleiben, nimmt daran Teil, da er, wenn auch Brandeisianer, sich dennoch nicht der Parteidisziplin entziehen wolle.

— Wie verlautet, soll die Berliner und Wiener arabische Kolonie Spione nach Karlsbad entsandt haben, zur Kontrollierung des Kongresses.

— Der Kongress bedeutet für Karlsbad eine grosse Einnahmsquelle. Der finanzielle Effekt des Kongresses für die Karlsbader Nachsaison wird auf 20 Millionen tschechischer Kronen geschätzt.

Herbert Samuels Verwaltungsbericht.

Der der engl. Regierung von Samuel überreichte Verwaltungsbericht für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis 30. Juni 1921, (s. „JPZ" Nr. 156/57) wurde nunmehr als „Weissbuch" einer weiteren Oeffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Bericht beginnt mit der Schilderung des Zustandes Palästinas nach Abschluss des Krieges und geht dann auf die Politik der Verwaltung und die Form der palästinensischen Regierung über. Weitere Kapitel befassen sich mit den Finanzen, der öffentlichen Sicherheit usw.

Bei Schilderung des Zustandes Palästinas nach Kriegsende wird ganz besonders darauf hingewiesen, dass es wohl einem jeden Europäer bekannt sei, dass Palästina sowohl vor dem Kriege als auch jetzt noch schwach bevölkert und noch schwächer entwickelt sei. Die Landwirtschaftsmethoden sind primitiv und auch die bereits kultivierten Ländereien könnten produktiver gestaltet werden. Es gibt auch grosse produktionsfähige Gegenden, die überhaupt noch nicht erschlossen sind. Verschiedene Industrien wurden durch die türkische Gesetzgebung lahmgelegt, keine ermutigt. Die Märkte von Palästina und der umgrenzenden Länder werden hauptsächlich von Europa aus versorgt. — Die religiösen und historischen Verbände, die die grösste Anziehung für den ganzen Westen und einen grossen Teil des Ostens besitzen, haben bisher nur einen kleinen Teil von Pilgern und Reisenden nach Palästina gebracht, die beim Vorhandensein besserer Bedingungen wohl in grossen Massen die Heiligen Orte besuchen würden. Grund der geringen Bevölkerungsdichte ist die schlechte Entwicklung des Landes. Befinden sich doch in Palästina kaum 700,000 Personen, also viel weniger, als die einzige Provinz Galiläa zu Zeiten Christi besass. Von dieser kleinen Bevölkerung wohnen 235,000 in den grossen Städten und 465,000 in den kleineren Orten und Dörfern. Vier Fünftel der Gesamtbevölkerung sind Muselmanen, ein kleiner Teil davon arabische Beduinen, während die übrigen, obwohl sie arabisch sprechen und Araber genannt werden, zum grössten Teile einer gemischten Rasse angehören.

Die jüd. Bevölkerung zählt 76,000, die fast alle erst während der letzten 40 Jahre nach Palästina eingewandert sind. Die Juden lebten in vielen Ländern unter schweren Ausnahmsgesetzen. Man unterdrückte ihre Fähigkeiten und liess sie nicht ihre Energie entwickeln. In Palästina erblickten sie ein Heim, in dem sie ruhig und zufrieden werden leben können. Der Erfolg der jüd. landwirtschaftlichen Kolonien hat das regste Interesse der jüd. Massen der ganzen Welt erweckt. Diese Massen, die in den überfüllten Städten sich so sehr mit Kleinhandel befassen mussten, vernahmen den Ruf, als Produzenten auf dem Lande ein gesünderes und schöneres Leben zu beginnen. Viele von ihnen, bereits fertige Landwirte, erblickten in Palästina einen Boden, nicht weniger fruchtbar und viel freier als jener Boden, an den sie sich bereits gewöhnt hatten. Die Politik S. M. Regierung ist es, diese legitimen Bestrebungen der jüd. Rasse in der ganzen Welt in bezug auf Palästina zufrieden zu stellen, in Uebereinstimmung mit einem vollen Schutz für die Rechte der dort bereits ansässigen Bevölkerung. Was mich betrifft, bin ich der Ansicht, dass die Möglichkeiten vorliegen, diese Kombination durchzuführen. Praktisch ist jener Zionismus, der diese notwendigen Bedingungen erfüllt. Es ist klar, dass es die Aufgabe der Mandatsmacht ist, auch für den Wohlstand der arabischen Bevölkerung zu sorgen, ebenso wie die britische Verwaltung es als ihre Pflicht ansehen würde, für das Wohl der lokalen Bevölkerung in jedem Teile des britischen Imperiums zu sorgen. Die Massnahmen für das Wohl der Araber zu sorgen, müssen dieselben sein, die wir in Palästina ergreifen würden, wenn es dort keine zion. Frage gäbe, wie auch keine Balfour-Deklaration. Es gibt in dieser Politik nichts, das mit den vernünftigen zionistischen Bestrebungen unvereinbar wäre. Im Gegenteil — falls das Wachsen des jüd. Einflusses begleitet wäre von einer Erniedrigung der Araber, oder selbst von einer Vernachlässigung, den Zustand der Araber zu heben, wäre dies zugleich auch ein Durchfall eines der Hauptziele des Zionismus. Die Unzufriedenheit der Araber würde die Juden diskreditieren und als Resultat würde der Einfluss der Zionisten sehr leiden. Zugleich müssen auch die Sentiments bez. Palästinas zufriedengestellt werden, ein ehrwürdiges und nobles Sentiment, das in wachsendem Maasse die jüd. Gemeinschaft der ganzen Welt belebt. Die Bestrebungen der 14 Millionen Juden haben auch das Recht, anerkannt zu werden. Sie erstreben die Möglichkeit, ein Heim in dem Lande zu errichten, das ihr politisches Zentrum war und stets das religiöse Zentrum ihrer Rasse geblieben ist. Sie wünschen, dass dieses Heim nationalen Charakter trage, in Sprache und Gebräuchen, in geistigen Interessen, in religiösen und politischen Institutionen. Dies alles heisst nicht, dass die jüd. Einwanderung eine arabische Auswanderung nach sich ziehen würde, oder dass die Hebung des Wohlstandes im Lande durch die Entwicklung des jüd. Unternehmungsgeistes auf Kosten der Araber gehen würde und nicht zum Nutzen der Araber, auch nicht, dass die Benutzung der hebr. Sprache einer Verdrängung der arabischen Sprache gleichkäme, oder dass die Bildung von erwählten Councils (Räten) in den jüd. Gemeinden, um die jüd. Angelegenheiten zu kontrollieren, dazu führen würde, dass die Araber der Herrschaft dieser Councils unterworfen würden. Mit einem Worte, der Grad, bis zu welchem die jüd. Bestrebungen in Palästina verwirklicht werden können, ist an die Wahrung der Rechte der jetzigen Einwohner geknüpft.

Das sind die Prinzipien, die für die jetzige Verwaltung in ihrer Politik wegleitend waren. Das verflossene Jahr war jedoch für die Anwendung dieser Prinzipien nicht günstig. Der lange Aufschub der formellen Bestätigung des internationalen Status von Palästina hat Unruhe verursacht. Noch ernster waren die Konsequenzen, dass es nicht möglich war, eine Regierungsanleihe aufzulegen, ohne welche man viele öffentlichen Arbeiten, die direkt oder indirekt Nutzen abgeworfen hätten, nicht durchführen konnte. Die finanziellen Zustände in Ost- und Zentraleuropa, wie auch die internen Schwierigkeiten der zion. Org. in den Vereinigten Staaten, hinderten die Zionisten bisher an der Aufbringung von grossen Summen für die Entwicklung von Unternehmungen und Kolonisierung des Landes, wenn auch einige Landkäufe bereits durchgeführt und auch viele Vorbereitungen für die Zukunft gemacht worden sind. Die Folge davon war, dass, obwohl ein grosser Druck ausgeübt wurde, jüd. Immigranten ins Land zu lassen, gleichzeitig verhältnismässig nur wenig Möglichkeiten für Beschäftigung dieser Immigranten bestanden. Die Zahl der eingewanderten Immigranten während der Berichtsperiode betrug gegen 10,000, davon 315 Nichtjuden. Ueber 8,000 gelangten ins Land unter Aufsicht der Zion. Org., die übrigen selbständig.

Samuel erwähnt des weiteren die verschiedenen Einrichtungen, die im Laufe des letzten Jahres in Palästina gemacht wurden und weist u. a. auf das grosse Verlangen nach Bildungsmöglichkeiten hin. Im Durchschnitt wurde je eine Schule pro Woche eröffnet und dies soll im gleichen Umfange 4 Jahre hindurch fortgesetzt werden. Wegen der Vorfälle in Jaffa lag der Bericht der Untersuchungskommission unter Vorsitz von Sir Haycraft bei Ausarbeitung dieses Berichtes noch nicht vor, weshalb noch nichts über diese unglücklichen Vorfälle gesagt werden soll, die 88 Tote und 238 Verwundete im Gefolge hatten. Auf die angebliche Verbreitung des Kommunismus eingehend, betont Samuel, dass zum Teil unter den Neuimmigranten, wie auch unter den früheren Einwohnern des Landes sich eine kleine Gruppe von Kommunisten gebildet habe, die versuchte, eine Agentur der bolschewistischen Propaganda zu werden. Diese Gruppe hat fast eine universelle Gegnerschaft gegen sich hervorgerufen und eine so grosse Aufmerksamkeit erregt, wie sie ihr ziffernmässig gar nicht hätte zukommen sollen. Soweit es möglich war, hat man von ihnen viele identifiziert, 15, die Ausländer waren, aus dem Lande ausgewiesen und weiteren 8, die ottomanische Staatsbürger waren und 5 Ausländern das Versprechen der guten Aufführung abgenommen.

Samuel schliesst seinen Bericht mit einem Lob für die britische militärische Administrativbehörden. Die Erhaltung der Garnison kostet gegen 2,500,000 Pf.

Amerika und die Mandatsfrage.

Nach einem Reuter Telegramm aus Washington hat die amerikanische Regierung in der letzten Woche an die alliierten Regierungen eine Note gerichtet, in der die den Grossmächten anvertrauten Territorrialmandate behandelt werden. Allem Anscheine nach bezieht sich das Schriftstück auf die Mandate A. und B. und auf die Kontrolle durch den Völkerbund. In der Note wird die Stellungnahme der Vereinigten Staaten hinsichtlich der amerikanischen Rechte in den unter Mandat gestellten Territorien bestätigt. Der Presse werden erst nach Eintreffen der betreffenden Note bei den alliierten Regierungen genaue Mitteilungen über den Inhalt gemacht werden.

Der offizielle Text des Palästinamandates.

Die englische Regierung hat den endgültigen offiziellen Text des Palästinamandates, wie es dem Völkerbunde vorgelegt wurde, veröffentlicht, der mit dem bereits bekannten Texte, (s. „JPZ“ Nr. 130) vollkommen übereinstimmt, bis auf die Hinzufügung eines weiteren, für die spätere jüd. Entwicklung wichtigen günstigen Artikels, Artikel 25, betreffs Einbeziehung von Transjordanien ins Mandatgebiet, der lautet: In den Territorien, die zwischen dem Jordan und der Ostgrenze Palästinas, wie sie bestimmt werden wird liegen, wird die Mandatsmacht das Recht haben, Bestimmungen abzulehnen oder zurückzustellen bez. solcher Punkte dieses Mandates, von denen die Mandatsmacht glaubt, dass man sie bei den vorliegenden lokalen Bedingungen nicht anwenden kann und solche Vorbereitungen für die Verwaltung des Territoriums zu treffen, die sie als den Bedingungen angepasst betrachtet, mit der Bedingung, dass nichts unternommen wird, was nicht im Einklang steht mit Artikel 15, 16 und 18.

Aus diesem neu hinzugefügten Artikel ist zu folgern, dass auch Transjordanien implicite der Verwaltung Palästinas unterstellt wird, was für die etwa mit der Zeit notwendig werdende Ausbreitung der jüd. Kolonisation auch auf diese Gebiete von Wichtigkeit sein dürfte.

Misserfolg der arabischen Delegation in London.

Nach verschiedenen aus Karlsbad stammenden Nachrichten, scheint es nunmehr festzustehen, dass die arabische Palästina-Delegation in London einen vollen Misserfolg zu verzeichnen hat.

Jüdische Welthilfskonferenz.

Die „Hebrew Immigrant Aid Society“ (Hias) und die Exekutive der jüd. Welthilfskonferenz berufen für den 25. Sept. nach Prag eine jüd. Emigrationskonferenz ein. Die hauptsächlichsten auf der Tagesordnung stehenden Fragen sind: Die politischen Mittel zur Erleichterung der jüd. Emigration, die Immigrationsmöglichkeiten in den verschiedenen Ländern, die Anpassung der jüd. Emigranten an die ökonomischen Bedingungen in den Immigrationsländern, insbesondere an die Landwirtschaft, Gründung einer Emigrationsbank, Hilfe für die Flüchtlinge u. a. m. Zur Konferenz werden alle jüd. Organisationen eingeladen, die auf dem Gebiete der Emigration aktiv tätig sind, wie auch die Hilfsorganisationen, die sich mit Hilfe für die Flüchtlinge befassen. Bisher haben Emigrations- und Hilfsorganisationen aus folgenden Ländern ihre Teilnahme zugesagt: Vereinigte Staaten, Argentinien, Südafrika, Frankreich, Italien, Tschecho-Slovakei, Polen, Bessarabien und Litauen.

Evakuierung der jüd. Flüchtlinge aus den polnischen Grenzgebieten.

Innenminister Raczkiewicz erklärte am 2. Sept. den bei ihm wegen Milderung der Vorschriften über die Evakuierung der ukrainischen Flüchtlinge aus den Grenzgebieten intervenierenden jüd. Organisationen, dass die erlassenen Verordnungen rücksichtslos zur Durchführung gelangen werden. Diese Verordnungen betreffen vor allem die Grenzbezirke Ostgaliziens, aus denen zirka 20,000 Flüchtlinge, deren Lage katastrophal zu werden droht, evakuiert werden sollen.

Nichteignung Mexikos für jüdische Immigration.

Die New Yorker Hauptzentrale der „Hias“ hat bekanntlich vor einer gewissen Zeit eine Kommission nach Mexiko entsandt, um zu prüfen, welche Möglichkeiten dort für eine jüd. Einwanderung bestünden. Die bereits nach New York zurückgekehrte Kommission hat über ihre Ermittlungen einen längeren Bericht überreicht, worin sie nach allseitiger Behandlung der Bedingungen, sowohl der ökonomischen wie auch der politischen, zum Schlusse kommt, dass Mexiko für eine jüd. Einwanderung nicht günstig sei, und dass die jüd. Emigranten davon Abstand nehmen sollen, dorthin zu gehen. Was andere Länder betrifft, wie z. B. Kuba, wird die „Hias“ demnächst ein speziellles Communiqué veröffentlichen.

Abschiedsbankett für Morris Engelman.

Das Mitglied des Joint Distribution Committee in New York, Morris Engelman, der eine Informationsreise bez. des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Juden Ungarns und der Tschecho-Slovakei unternahm, hatte Ende August in Karlsbad mit führenden jüd. Persönlichkeiten dieser Länder eine Besprechung. Zu Ehren Engelmans, der sich am 3. September auf der „Aquitania“ nach New York

eingeschifft hat, wurde in Karlsbad ein Abschiedsbankett veranstaltet, an dem über 50 Personen teilnahmen. Der litauische Exminister, Dr. Rachmieliewicz und Abraham von Freudiger, Präsident der Budapester orth. isr. Gemeinde, würdigten in ihren Ansprachen die grossen Verdienste Engelmans um das Judentum.

Erez Israel — Palästina.

— Der Vollzugsausschuss des arabischen Palästinakongresses wie auch verschiedene muselmanische und christliche Komitees haben dem Völkerbund einen Protest überreicht gegen die Errichtung eines Mandates in Palästina, das das Land einer nationalen Regierung berauben würde. Die gleichen Organisationen haben eine Protestnote nach London gesandt, in der gegen die Haltung des Oberhauptes der Justiz, Norman Bentwich, protestiert wird, der seine Stellung zugunsten der Juden gegen die eingeborene Bevölkerung missbrauchen soll.

— Die der britischen Regierung von Samuel vorgelegten Entwürfe der geplanten Konstitution für Palästina wurden von dieser der Zion. Org. übermittelt mit dem Ersuchen, ihre Meinung darüber auszusprechen und etwa notwendige Aenderungen daran vorzunehmen, resp. einen neuen Entwurf zu unterbreiten.

— Laut einer Mitteilung der in London neugeschaffenen arabischen Agentur, hat zwischen 46 führenden Arabern des arabischen Kongresses in Palästina und dem Oberkommissär ein Gedankenaustausch über die bevorstehende Verordnung betr. die Verwaltung Palästinas stattgefunden. Der arabische Kongress ist der Meinung, dass es gegenwärtig unmöglich sei, eine Verwaltung für Palästina festzulegen, weil das Schicksal des Landes noch immer unentschieden sei und die arabische Delegation in London sich noch immer vergeblich bemühe, den Willen der arabischen Nation durchzusetzen.

— Der Militärgouverneur von Jerusalem, Storrs, wurde laut einer Reutermeldung vom Papste in Audienz empfangen.

— Seit dem 1. Juli brachten folgende Schiffe Immigranten nach Palästina: am 1. Juli „Imbria" 106, am 10. „Campedoglio" 28, am 15. „Smyrna" 86, am 16. „Quirinal" 53, am 29. „Cicilia" 102, am 31. Juli und 1. August „Byrial" 54, am 1. August „Marshall Foch" 185, am 6. „Sphynx" 16 und am 7. „Gastein" 236, zusammen 866 Einwanderer.

Entwurf einer jüd. Gemeindeordnung.

Der palästinensische Mitarbeiter der „JPZ" teilt mit: Der Waad Leumi überreichte sämtlichen Mitgliedern der Delegiertenversammlung die von ihm gemeinschaftlich mit einem besonders dafür eingesetzten Komitee ausgearbeiteten Grundbestimmungen der Organisierung der jüd. Gemeinden, mit der Bitte, wegen Dringlichkeit der Frage, in schriftl. Beantwortung dazu Stellung zu nehmen, da die Regierung ehestens Vorschläge bez. der Gemeindeverordnungen verlangt. Die Hauptbestimmungen dieses Entwurfes sind: Ueberall, wo mehr als 30 volljährige Juden beiderlei Geschlechtes wohnen, bilden diese eine Gemeinde. Jede Gemeinde bildet eine juristische Persönlichkeit mit allen einer solchen zustehenden Rechten. Aufgabe der Gemeinden ist es, die allgemeinen Bedürfnisse der Gemeinde, geistige und materielle, zu befriedigen u. zw.: Organisierung der Religionsanstalten, Erziehung und Kultur, gesellschaftliche Hilfe, Hilfe für Einwohner und philanthropische Tätigkeit, Gesundheitsschutz der Mitglieder der jüd. Gemeinden, Führung der Matrikeln, Initiativen beim Waad Leumi in allgemeinen Fragen, die über die Gemeindetätigkeit hinausgreifen, Verwaltung des Gemeindeeigentums, und an Orten, die ausschliesslich von Juden bewohnt sind, auch Durchführung allgemeiner wichtiger Reformen wie Wasserversorgung, Strassenreinigung, Beleuchtung, Stadtverschönerung, Kampf gegen Preiswucher und dergl. mehr. Die Gemeindeeinnahmen bilden: Eine allen Gemeindemitgliedern auferlegte Pflichtsteuer, Einnahmen von Besitz und Anstalten der Gemeinde, Taxen, wie Schächt-, Begräbnis-, Legalisierungsgebühren und dergl., die mannigfachen ausserordentlichen Einnahmen, wie Schenkungen, Erbschaften und dergl. und die der Gemeinde von der Regierung und dem Waad Leumi zur Verfügung gestellten Summen. Die Pflichtsteuern haben zu bestehen aus einer progressiven Einkommensteuer und einer Erbschaftssteuer. Die Einkommensteuer soll 3 Prozent des Einkommens nicht überschreiten. Alle Gemeindeangelegenheiten werden auf einer allgemeinen Generalversammlung aller Mitglieder und durch ein erwähltes Aktions-



komitee entschieden. Wo infolge der grossen Einwohnerzahl keine allgemeine Generalversammlung stattfindet, wird ein Gemeinderat gewählt, der die Generalversammlung vertritt. Aktives Wahlrecht haben alle Gemeindemitglieder über 20 und passives über 25 Jahren, die hebräisch lesen und schreiben können. Die Wahlen sind allgemein, direkt, gleich, geheim und proportionell. Die Generalversammlung, resp. der Gemeinderat bildet das oberste Organ der Gemeinde und beschliesst über alle ins Arbeitsbereich der Gemeinde fallenden Fragen, das Budget, Gründung und Erhaltung der verschiedenen Institutionen, organisiert das Rabbineramt, wählt Richter usw. Einer geschlossenen Minorität innerhalb der Gemeinde steht das Recht zu, die Befriedigung ihrer religiösen und kulturellen Bedürfnisse gemäss ihrer Beteiligung an den Gemeindesteuern zu verlangen, insofern dies nicht zum Untergang der allgemeinen Gemeindeinstitutionen führen würde. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen Majorität und Minorität in diesen Fragen entscheidet der Waad Leumi. Zwecks Leitung der allgemeinen Gemeindeangelegenheiten wählt die Generalversammlung, resp. der Gemeinderat eine Exekutive, die die Gemeinde bei der Lokalregierung und dem Waad Leumi vertritt. Die Exekutive vollstreckt die Verordnungen der Regierung und des Waad Leumi und die Beschlüsse der Generalversammlung, resp. des Gemeinderates, führt die Amts- und Matrikelbücher, beaufsichtigt das Vermögen und die Institutionen der Gemeinde, engagiert und entlässt die Beamten usw. Jede Gemeinde kann gewisse Bestimmungen festsetzen, entsprechend den lokalen Bedürfnissen, insofern diese nicht den Grundbedingungen dieser Verordnung widersprechen. Die palästinensische Zentralregierung beaufsichtigt die Gemeindearbeit auf dem Wege ihrer allgemeinen Landeskontrolle. Aenderungen an dieser Verordnung kann nur die Assefat Haniwcharim (Delegiertenversammlung) vornehmen.

Import und Export.

Der Import im Juni beläuft sich auf 412,277 Pf., 143,304 Pf. mehr als im gleichen Monate des Vorjahres und der Export auf 35,145 Pf., 3,000 Pf. weniger als im gleichen Monate des Vorjahres.

— Die Importeinnahmen für Tabaksprodukte seit Aufhebung des Tabakmonopols betragen, inbegriffen der vor diesen Daten in Depositen erlegten Beträge für den April 11,477, Mai 14,075 und Juni 15,997, zusammen 41,549 Pfund.

Die palästinensische Ernte.

Der Ertrag der Winterernte in den nördlichen Bezirken Palästinas wird auf 65—70 Prozent des letztjährigen Ertrages geschätzt, während in den südlichen Distrikten ein normaler Ertrag erwartet wird. Der Ertrag der Sommerernte ist infolge der aussergewöhnlichen Hitze im allgemeinen nicht befriedigend. Es steht nur eine schwache Olivenernte in Aussicht. Dagegen versprechen Mandeln und Feigen eine Durchschnittsernte, trotz der verschiedentlich zu verzeichnenden Insektenplage. Die Traubensaison verspricht gut zu werden und der Handel mit Aegypten grossen materiellen Nutzen seit der Einführung spezieller Traubenwagen bei den Passagierzügen und andere Erleichterungen. Der Viehstand ist befriedigend. Die Maul- und Klauenseuche konnte erfolgreich bekämpft werden, sodass sich kein weiterer Fall ereignete.

— Die von der Regierung eingesetzte Bodenprüfungs-Kommission, bestehend aus Major Abramson als Präsident und Kalvarisky und Faify-el-Alomi, überreichte dem Oberkommissär ihren Rechenschaftsbericht, dem bez. des Bodenareals in Westpalästina zu entnehmen ist, dass Saffed 236,100, Acre 952,300, Nazareth 429,800, Tiberias 582,500, Haifa 961,400, Jenin 1,573,900, Tul-Kerem 781,600, Nablus (Sichem) 850,300, Slefit 573,900, Jaffa 1,115,100, Jerusalem 2,076,400, Hebron 2,507,600 u. Gaza 1,392,400 Dunam besitzen, total, exkl. Beer-Sheba, 14,852,400 Dunam.

— Der Zivilsekretär machte dem Oberrabbinate die Mitteilung, dass die Rabbiner aus dem Galuth, die nach Palästina einwandern wollen und der 5. Kategorie der Palästinaeinwanderer angehören, nur nach den vom Oberrabbinate einzuholenden Zeugnissen werden einwandern können.

— Der für eine Woche suspendierte „Haaretz" (s. „JPZ" Nr. 158) erscheint seit dem 24. August unter dem Namen „Laam".

— Die seit einigen Jahren in Jaffa bestehende Werkstatt zur Bearbeitung von Korkholz wurde durch das Eintreten von neuen Teilhabern bedeutend erweitert und wird jetzt imstande sein, Pfropfen für die Weinindustrie, sowie zu Medizinal- und anderen Zwecken zu liefern. Die Werkstatt besitzt 25 Maschinen und beschäftigt 40 Arbeiter.

— Wolfstein aus Polen und Adler aus Amerika haben in Jerusalem eine Werkstatt für die Anfertigung von verschiedenen Knöpfen aus Blech, Knochen, Stoff usw. eröffnet. Vorläufig wird der Betrieb ausschliesslich vermittelst Handmaschinen geführt, doch sollen mit der Entwicklung der Werkstatt grössere Maschinen angeschafft und mehr Arbeiter eingestellt werden.

— In Tel-Awiw werden jetzt 5 dreistöckige, 21 zweistöckige und 50 einstöckige Häuser gebaut, von denen bisher ein dreistökkiges und 10 einstöckige bereits fertiggestellt sind und demnächst für Wohnzwecke übergeben werden sollen.

— Kürzlich wurde in Jerusalem eine neue orthodoxe Vereinigung „Nachlath Benjamin" gegründet, zum Zwecke des Bodenerwerbs für eine Kolonie in der Nähe Jerusalems und Verschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für orthodoxe Chaluzim. Die Vereinigung will ausländische Wohltäter für den Ankauf einiger Duman Land für die orthodoxen Chaluzim gewinnen. Gründer dieser Vereinigung ist Rabbiner L. Auerbach.

— Die in der „Agudath Hajischub" organisierte orthodoxe Juden übermittelte dem Zionistenkongress ein Memorandum, in dem sie um moralische und materielle Förderung ihrer Kolonisierung ersucht, vor allem um Unterstützung bei Boden-Erwerb und Zurverfügungstellung von Wohngelegenheiten und Arbeitsgeräten. Sie verlangen keine Geschenke, sondern Gewährung langfristiger Darlehen.

— Der Justizsekretär erliess an das Tabularamt und an die Gerichte eine Verordnung, die Zeugnisse des Oberrabbinates anzuerkennen, bez. Verwandtschaft, Feststellung von Erben, Bestätigung von Testamenten und Ernennung von Vormünden.

— Am 19. August fand die Feier der Verteilung der ersten Reifezeugnisse des jüd. Gymnasiums in Jerusalem statt, u. zw. an 11 Abiturienten, davon 7 weibliche.

— Lt. „Hator" wurden in Palästina von der noch nicht lange bestehenden Misrachi Organisation 2028 Schkolim verkauft.

— Ing. Joseph Sunlight aus Manchester, Leiter der „Habo-neh" in England, ist in Jerusalem eingetroffen und beabsichtigt, mehrere Städte zu besuchen.

— Rabbi Meier Hamburger, einer der ältesten Palästinenser, der 1824 in Pressburg geboren und 1844 in Erez Israel eingewandert ist, ist am 20. August in Jerusalem verschieden.

Schweiz.

— Am 13. Sept. vollendet der in Bern lebende Schriftsteller und Gelehrte Dr. S. A. Horodezky sein 50. Lebensjahr. - Von Horodezkys Werken sind besonders bekannt: „Lekoros Horabonus", „Bescht" (Anfangsbuchstaben für Bal Schem Tow), „Rabbi Nachum Mitscharnow w'zeezoow", und „Lekoros Hachasidus". Die erste Auflage von Horodezkys im Berner Verlage Bircher in deutscher Sprache vor einem Jahr erschienenen „Religiösen Strömungen im Judentum", ist in Deutschland fast vergriffen. Horodezky war auch Herausgeber der wissenschaftlichen hebräischen Zeitung „Hagoren" und ist einer der tätigsten Mitarbeiter der „Hatekufah".

Sportliches.

Zürich. Dem rührigen jüd. Sportclub „Hakoah" ist es endlich gelungen, das ihm von der Stadt Zürich in entgegenkommender Weise überlassene Terrain den Sportzwecken entsprechend in Stand zu setzen. Der Club hat sich die grösste Mühe gegeben, den Vorschriften des Verbandes, betr. Spielfähigkeit eines Sportplatzes, Genüge zu leisten. Ein grosser Teil dieser Kosten wurde von den Mitgliedern selbst aufgebracht; der Rest soll durch eine grosszügige Veranstaltung, (siehe Inserat) gedeckt werden. Die Platzeinweihung (Milchbuck), verbunden mit einem Wettspiele aller Mannschaften gegen spielstarke fremde Mannschaften, findet Sonntag d. 11. Sept. statt. Abends findet sodann in der Tonhalle ein Ball statt.

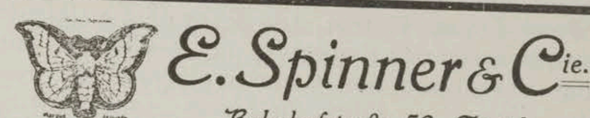
Bei der offiziellen Spielplatzeröffnung wird die „Hakoah" I gegen „Zug" I, mit folgender Aufstellung auftreten: Ambramowitch, Willy W., Leibowitsch, J. Schwarz, B. Luks, Ackermann, Apter, Pollak, Reichgott 1, Weil, Reichgott 2, Reserve Gronnowetter und Luks.

— In Wädenswil fand am 4. Sept. das erste Wettspiel der „Hakoah" I, gegen „Wädenswil" I, mit dem Resultate 5:1, Halbzeit 2:0 statt. Die Stärke der „Hakoah" bildeten vor allem die Halfs. Der den Wädenswilern zugefallene Punkt war ein Eigengoal, verschuldet durch den rechten Back der „Hakoah". Besonders hervorgehoben muss noch der faire Charakter des Spieles werden. — In Baden spielte die „Hakoah" II, gegen S. C. Baden I unentschieden 1:1 (0:0)

P–k.

Presse- und Verlagsnotizen.

— Laut „Haaretz" beschloss der Stybel-Verlag, nach 2 jähriger Tätigkeit in Amerika die Zentrale wieder nach Europa und Palästina zu verlegen. Demnächst sollen in erwähntem Verlage folgende Werke erscheinen: Alle Werke Berditschewskis (Ben Gurion), die Werke Josephus Flavius in Uebersetzung von Dr. Kamenetzki und Dr. Simchoni, die Werke Dr. Klausners „Jüdische Geschichte", „Jesus Christus" und die Gedichte Heines in der Uebersetzung von Ben Zion. In letzter Zeit sind im Stybel-Verlage noch folgende Werke erschienen: „Ausgewählte Schriften" von Peter Altenberg, in Uebersetzung von Schoffmann. „Der schaffende Dämon" von Ribot, in Uebersetzung von Dr. Turow und der erste Band der grossen „Geschichte der Philosophie" von Prof. David Neumark, der gegen 400 Seiten fasst, während das ganze Werk auf 10 Bände berechnet ist.



Schweizerische Bankgesellschaft

45 Bahnhofstrasse **Zürich** Bahnhofstrasse 45

„zum Münzhof“

Depositenkasse: Römerhof - Zürich 7

Bankgeschäfte aller Art

Crowe & Co. Aktiengesellschaft
Internationale Transporte
in Basel, St. Gallen, Zürich, Chiasso, London, Manchester, Liverpool, Antwerpen, Paris, Marseille, Bordeaux, Dünkirchen, Straßburg, Mülhausen, Mailand, Rom, Genua und Como
empfehl. sich zur Uebernahme aller in ihr Fach einschl. Aufträge

---

Bankhaus BLANKART & Cie
Kommandit-Aktiengesellschaft
Börsenstrasse 16 Zürich Tel. Sel. 890-91, 1622
Kapital Fr. 1,000,000.—
BANKGESCHÄFT U. BÖRSENAGENTUR

Aktiengesellschaft
Leu & Co.
Aktienkapital Fr. 40,000,000
Zürich

Bankgeschäfte jeder Art
Beratung in allen finanziellen Angelegenheiten

BANKHAUS
Julius Bär & Co., Zürich
kulante Besorgung aller bankgeschäftlichen Transaktionen

Berner Handelsbank Bern
(Gegründet 1863) besorgt
sämtliche Bankgeschäfte
zu coulantesten Bedindungen
Spezial-Abteilungen:
Reisebureau Bahn- u. Schiffskarten nach allen Weltteilen **Wechselstube** Geldwechsel, Kreditbriefe, Devisen

---

Schweizerische Volksbank
Zentralverwaltung BERN
Hauptsächlichste Sitze: Amriswil, Basel, Bern, Biel, Brugg, Delsberg, Dietikon, Freiburg, Genf, Glarus, Kreuzlingen, Lausanne, Locarno, Montreux, Moutier, Pruntrut, Saignelégier, St. Gallen, St. Immer, St. Moritz, Thalwil, Tramelan, Uster, Weinfelden, Wetzikon, Winterthur, Zürich.
48 Niederlassungen in der Schweiz.

Stammkapital u. Reserven 110 Mill. Fr.

Bankgeschäfte aller Art
Checks und Kreditbriefe auf das Ausland
Diskont und Inkasso
Eröffnung von Krediten
Devisengeschäfte etc.

Comptoir d'Escompte de Genève
Genf, Lausanne, Zürich, Freiburg, Basel
Aktienkapital und Reserven Fr. 61,000,000.—

Kapital-Anlagen
Unabhängige, sorgfältige und individuelle Beratung

Jede gewünschte Auskunft erteilt bereitwilligst
Die Direktion in **Basel.**

Beachten Sie
bitte im „Tagblatt“ die Programme nebenstehender Lichtspieltheater:

Orient-Cinema
Haus du Pont
Central-Theater
Weinbergstrasse 13
Eden-Lichtspiele
Rennweg
Roland-Kino
Langstrasse

Das einzig streng כשר RESTAURANT u. WURSTFABRIK in England unter Aufsicht aller orthodoxen Rabbiner befindet sich
27 Whitechapel Rd. E. 1., LONDON
Es empfiehlt sich der Besitzer J. W. Silberstein.

Pension „Ivria“ Zürich
Steinmühleg. 19 Streng Koscher
- Gute abwechslungsreiche Küche -

New-York
Strictly כשר Restaurant
W. Weinberger - 17 W. 24 the Street

KARLSBAD
Diätetische Kuranstalt, Dr. med. Otto Lapper
Vollständige Pension von 100 tsch. Kr. an
(Zucker-, Gallen-, Magen- und Darmkrankheiten)